

Ich frage mich: Was machen Sie mit den restlichen zwei Dritteln, die andere Vorstellungen haben? Das kann die Tagesmutter sein, weil wir keine Investitionskostenförderung haben.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Ich nehme die Großtagespflege ganz bewusst aus. Ich fände es aber schön, wenn wir die Tagesmutter in das Betreuungsgeld einbeziehen könnten, weil bei der Tagesmutter, wie Sie wissen, keine Investitionen in Beton und keine Neubauten notwendig sind. Das sind ja die höchsten Investitionskosten. Gleichzeitig haben Sie mit der Tagesmutter aber deutlich höhere Beiträge für die Eltern. Insofern ist das nur gerechtfertigt. Das stellt auch für viele die flexiblere und familiennähere Betreuung dar. Ich habe noch niemand gehört, der sagte, dass er etwas gegen eine Tagesmutter hat. Dass Sie nun plötzlich etwas gegen Tagesmütter haben, ist mir völlig neu.

(Beifall bei der CSU)

**Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl:** Es gibt keine weiteren Interventionen. Ich sehe auch nicht, dass von den Restredezeiten, die einzelnen Fraktionen noch zustehen, Gebrauch gemacht werden soll. Weitere Wortmeldungen liegen uns nicht vor. Die Aussprache ist damit geschlossen.

Wir können zur Abstimmung kommen. Es besteht, wie mir signalisiert wurde, Einverständnis darüber, dass wir über die Anträge insgesamt abstimmen und der Abstimmung die Voten des federführenden Ausschusses für Soziales, Familie und Arbeit zugrunde gelegt werden.

(Unruhe)

- Dürfte ich um Aufmerksamkeit bitten, damit wir das geordnet zu Ende bringen? - Nachdem Einverständnis besteht, lasse ich auch so abstimmen.

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. dem jeweiligen Abstimmungsverhalten seiner Fraktion im jeweils federführenden Ausschuss für Soziales, Familie und Arbeit einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Ich sehe keine. Enthaltungen? - Auch nicht. Damit übernimmt der Landtag diese Voten, und die Anträge sind abgelehnt. Da haben Sie Glück gehabt, dass Sie an einer namentlichen Abstimmung vorbeigeschrammt sind. Die Tagesordnungspunkte 15 bis 19 sind damit erledigt.

Wir sitzen noch bis circa 23.30 Uhr hier. Deswegen bitte ich Sie zu überlegen, ob wir das in dieser Lautstärke tun wollen

(Karl Freller (CSU): Und in dieser Länge!)

oder ob wir nicht doch ein bisschen Rücksicht nehmen wollen auf diejenigen, die zuhören wollen.

Ich gebe jetzt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Antrag der Abgeordneten Schmitt-Bussinger, Aures, Perlak und anderer betreffend "Zukunft der staatlichen Feuerwehrschohlen (III) Stellenbesetzung - Ausnahme von der Wiederbesetzungssperre nach Artikel 6 Absatz 2 Satz 4 Haushaltsgesetz", Drucksache 16/8953, bekannt. Mit Ja haben 59 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 86. Stimmenthaltungen gab es keine. Damit ist der Antrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 20 auf:

**Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Energiewende jetzt! - Ökologischer Fußabdruck der Bayerischen Staatsverwaltung (Drs. 16/9399)**

Ich eröffne die Aussprache. Als Erstes hat sich Herr Dr. Fahn für die FREIEN WÄHLER zu Wort gemeldet. Vielleicht kann sich der eine oder die andere Antragstellerin überlegen, ob noch sämtliche Anträge behandelt werden müssen.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

**Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER):** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! In der letzten Woche gab es einen Dringlichkeitsantrag der FREIEN WÄHLER. Da kam Kritik auf mit dem Tenor, man solle diese Themen in der Energiekommission behandeln.

Heute kommt wieder ein Energieantrag, meine Damen und Herren. In unserem Fall ist es aber anders: Unser Antrag wurde schon Anfang Juli eingereicht, da gab es diese Energiekommission noch gar nicht. Wir haben diesen Antrag jetzt noch einmal ins Plenum gebracht, weil die Ablehnung seitens der CSU im Umweltausschuss mehr als dürftig war. Es wurde nämlich von Herrn Blume argumentiert, man brauche keine Bestandsaufnahme, das sei viel zu aufwendig. Man solle besser in die Zukunft schauen. Inzwischen wurde aber - und das ist ganz interessant - in der Energiekommission beschlossen, einstimmig sogar, dass die Energiekommission zeitnah einen Bericht über eine Bestandsaufnahme des Energieverbrauchs macht - also doch eine Bestandsaufnahme, meine Damen und Herren.

Warum bringen wir diesen Antrag? Wir wollen eine CO<sub>2</sub>-neutrale Landesverwaltung des Freistaats Bay-

ern nach dem Vorbild von Hessen. Der Hessische Landtag hat es uns vorgemacht und beschlossen, bis zum Jahr 2030 CO<sub>2</sub>-neutral zu sein.

(Zuruf von der CSU: Wie denn?)

Da denke ich mir: Wenn es Hessen mit einer CDU-FDP-Koalition schafft, dann kann es auch Bayern mit einer CSU-FDP-Koalition schaffen.

Ausgangspunkt ist eine Bestandsaufnahme, die Erfassung des Ist-Zustandes der Emissionen. Da geht es um den Energieverbrauch usw. und vor allem auch um die 8.000 landeseigenen Gebäude in Bayern. Diese haben hohe Emissionen, und das muss einmal konkret festgestellt werden. Ein anderer Bereich ist der Fuhrpark der Landesverwaltung. In Hessen haben sie zum Beispiel 2008 476.000 Tonnen CO<sub>2</sub> in die Atmosphäre abgegeben. Interessant ist auch der Dienstwagencheck. In der EU gibt es seit 2008 einen Zielwert für Dienstwagen: 140 Gramm CO<sub>2</sub> pro Kilometer. Eine Umfrage der Deutschen Umwelthilfe im September 2011 war ernüchternd: In nur vier von 21 Bundesbehörden wird dieser Grenzwert eingehalten. Negativer Bundessieger war der hessische Innenminister mit 353 Gramm CO<sub>2</sub> pro Kilometer. Auch das bayerische Kabinett ist mit durchschnittlich 224 Gramm bundesweit relativ weit hinten. Der damalige Umweltminister Söder hatte 174 Gramm, Ministerpräsident Seehofer 278 Gramm.

(Zurufe von der CSU)

Ich denke, bei der Reduzierung der CO<sub>2</sub>-Werte sollten eigentlich alle Vorbild sein, auch Mitglieder des Landtags und kommunale Mandatsträger, meine Damen und Herren.

(Unruhe bei der CSU)

**Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl:** Kollegen, bitte! Das Büfett ist noch nicht eröffnet.

(Zuruf von der CSU: Doch!)

- Nein, nicht in diesem Saal. Gehen Sie runter zum Büfett, aber singen Sie nicht hier im Plenarsaal.

**Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER):** Dann habe ich jetzt mindestens 20 Sekunden länger Zeit.

(Tobias Thalhammer (FDP): Wir genießen jede Sekunde, Herr Fahn!)

- Das ist nett, Herr Thalhammer. Ich genieße auch bei Ihnen jede Sekunde.

In Hessen wird gleichzeitig eine CO<sub>2</sub>-Öffentlichkeit hergestellt. Da geht es nicht nur um technische Maßnahmen, sondern auch um die Energiewende im Kopf, das heißt, die Bereitschaft der Menschen, energiesparend zu handeln. Der Schwerpunkt dieser CO<sub>2</sub>-Neutralität liegt bis zum Jahr 2030. Da geht es auch um Minimierung des Energieverbrauchs durch Energieeinsparung und Umstellung auf Ökostrom.

Hier muss man klar sagen, dass der Bayerische Landtag in diesem Fall ein positives Beispiel gibt: 2012 steigt der Bayerische Landtag auf Ökostrom um. Dadurch ergibt sich jährlich eine Einsparung im Bayerischen Landtag von 1.000 Tonnen CO<sub>2</sub> pro Jahr.

Kernstück dieses "ökologischen Fußabdrucks" ist diese CO<sub>2</sub>-Bilanz, die konkret aufgelistet wird. Dabei geht es erstens um den Energieverbrauch für den Betrieb der Gebäude und der EDV-Anlagen, zweitens um den Kraftstoffverbrauch der Fahrzeugflotte, wie zum Beispiel Polizeifahrzeuge und andere Dienstwagen, und es geht - das ist auch ganz interessant - um die Dienstreisen mit dem Flugzeug und anderen Beförderungsmitteln.

Das alles ist in Hessen Realität. Das wird dort von der Hessischen Staatsregierung gemacht. Deswegen meine ich, wenn es Hessen schafft, dann müsste es Bayern auch schaffen. Wir meinen, wenn Bayern in der Energiewende vorankommen will, dann müssen wir uns Ziele setzen.

(Unruhe bei der CSU)

Ein Ziel wurde schon genannt, das ich zum Beispiel recht gut finde: 50 % des Stroms sollen bis 2021 aus erneuerbaren Energien erzeugt werden. Das ist positiv, aber wir sollten auch beim CO<sub>2</sub>-Verbrauch mit gutem Beispiel vorangehen. Das ist immer wichtig: der Landtag als Vorbild. Deswegen ist eine CO<sub>2</sub>-neutrale Verwaltung des Freistaats Bayern eine wichtige Sache, die auf alle anderen Kommunen und auch auf die Bürger ausstrahlt. Ich glaube, das ist sehr wichtig.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

**Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl:** Für die CSU bitte ich Herrn Blume ans Mikrofon.

**Markus Blume (CSU):** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Fahn, Ihre Fraktion, die FREIEN WÄHLER, ist ja groß darin, mehr Fragen zu stellen, als diese Staatsregierung realistischweise jemals beantworten kann.

(Harald Güller (SPD): Das ist nichts Neues!)

Das hilft uns nur in der Debatte nicht weiter. Ich wollte zunächst ein paar lobende Worte finden, aber jetzt haben Sie wieder so viele Dinge erzählt, dass mir das fast schwerfällt. Es ist gut, dass Sie das Thema Klima mit dem Antrag adressieren. Zurzeit ist die UN-Klimakonferenz in Durban, und man sieht, dass wir weltweit größte Schwierigkeiten haben, unsere klimapolitischen Ziele zu erreichen.

Auch die Idee, einen ökologischen Fußabdruck zu messen und an Maßnahmen zu orientieren, ist ja nicht völlig abwegig, das muss man sagen. Aber so, wie Sie das Ganze aufziehen, machen Sie den ökologischen Fußabdruck in Bayern zu einem administrativen Fußabdruck. Denn die Frage ist: Wo ziehen Sie die Grenzen?

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Werden die Lehrer erfasst, die Polizisten, die Straßenmeister? Wenn Sie sich die Bandbreite des bayerischen Beamtentums und Staatshandelns anschauen, frage ich mich, was Sie am Ende mit Ihrem Antrag erreichen wollen.

Ich persönlich muss Ihnen ganz ehrlich sagen, ich hätte ein besseres Gefühl, wenn die damit verbundenen personellen, administrativen und sonstigen Ressourcen eingesetzt würden, um die Energiewende tatsächlich voranzubringen.

Deswegen muss ich Ihnen zurufen: Eine Zahl allein macht noch keine Energiewende, sondern wir brauchen am Ende ein ganzes Bündel von Maßnahmen. Ich glaube, all das, was wir bisher von der Staatsregierung gehört haben unter der Überschrift "Energie innovativ", hat bereits die Handlungsfelder adressiert. Es ist richtig: Der Staat muss mit gutem Beispiel vorangehen. Aber ich glaube, dass wir da, durchaus in gemeinsamem Verständnis, auf einem guten Weg sind.

Deshalb möchte ich Ihnen an dieser Stelle zurufen - Ihr Antragstitel ist ja kein schlechter -: Lassen Sie uns gemeinsam "Energiewende jetzt" machen. Aber bitte, Herr Fahn, halten Sie die Staatsregierung nicht mit Ihrem bürokratischen Popanz beschäftigt und beschweren sich dann hinterher, dass die Energiewende nicht so schnell vorankommt, wie Sie es fordern.

(Beifall bei der CSU und Abgeordneten der FDP)

**Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl:** Für die SPD bitte ich Herrn Wörner zu uns.

(Zurufe von der CSU: Hey, hey, hey!)

- Ich bitte Sie! Wir sind doch erwachsene Menschen.

(Margarete Bause (GRÜNE): Den Eindruck kann man nicht immer gewinnen!)

**Ludwig Wörner (SPD):** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich kann Ihre Reaktion verstehen. Aber an Ihrer Stelle würde ich mich verkriechen. Das, was Sie bisher in Sachen Energie angerichtet haben, ist eine Katastrophe, die Sie jetzt versuchen zu korrigieren.

Herr Kollege Blume, der Beginn Ihrer Rede war eigentlich ganz gut. Sie haben nämlich erstmals versucht, das Wort "Popanz" wegzulassen, das Sie in Ihrer Rede im Ausschuss vorneweg gestellt haben. Aber jetzt kommen Sie doch plötzlich wieder damit. Ich darf Sie daran erinnern, dass Sie auch bei der Energiewende, als wir sie noch gepredigt haben, und zwar gegen Sie, immer von Popanz geredet haben. Aber vielleicht lernen Sie irgendwann doch noch einmal etwas daraus.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dieser Fußabdruck ist etwas Spannendes. Man sollte nicht so tun, als wäre er gar so schwierig zu erheben. Sie brauchen nämlich nicht hinter jedem Beamten herzulaufen; denn das, was der produziert, ist Arbeit und hat in erster Linie damit zu tun, dass er etwas tut. Das hat aber nichts mit Energieverbrauch und CO<sub>2</sub> zu tun. Man braucht nur die Spritrechnungen zu nehmen, die beim Freistaat Bayern auflaufen. Dann hat man schon einmal einen Parameter. Es geht auch einfacher, wenn man mag. Man muss es nur wollen. Darin unterscheiden wir uns von Ihnen.

Um sicherzustellen, dass sowohl bei den Beschäftigten im Freistaat als auch in der Öffentlichkeit eine Sensibilität für das Sparen erzeugt wird, ist es notwendig, dass auch wir so etwas machen. Darüber, dass man das nicht haarklein machen muss, sind wir uns wieder einig. Aber in der Frage, ob wir einen solchen Fußabdruck haben oder nicht, muss ich Ihnen sagen, dass es wohl notwendig ist, dass wir ihn haben, um einmal ein Gefühl dafür zu bekommen, was wir überhaupt brauchen und was wir durch Maßnahmen wegdrücken können. Diese Auseinandersetzung sollten wir uns leisten. Daran wird der Freistaat Bayern nicht zugrunde gehen. Ganz im Gegenteil: Es würde ihm sogar nutzen, weil letztlich daraus Einzahlungen erzielt würden, die wiederum dem Staatshaushalt zugute kämen. Allein schon unter diesem Aspekt würde es sich lohnen, dies zu tun. Deswegen werden wir dem Antrag weiterhin zustimmen.

(Beifall bei der SPD)

**Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl:** Vielen Dank, Herr Wörner. - Jetzt ist Herr Hartmann an der Reihe. Bitte schön.

**Ludwig Hartmann (GRÜNE):** Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Antrag der FREIEN WÄHLER ist grundsätzlich unterstützenswürdig. Ich finde es schon ziemlich abenteuerlich, wie die Regierungsfractionen in den Ausschussberatungen versucht haben, irgendetwas zu finden, um diesen Antrag abzulehnen. Die Kommentare des Kollegen Blume sprechen für sich.

Warum ist dieser Antrag sinnvoll? Es ist doch selbstverständlich: Wenn man etwas verändern möchte, wenn man eine Energiewende einleiten möchte, dann sollte man den Istzustand kennen. Das heißt, wenn man Strom sparen möchte, sollte man wissen, was man benötigt. Wenn man die CO<sub>2</sub>-Emissionen reduzieren möchte, sollte man die Emissionen, die man verursacht, erst einmal kennen. Es ist wohl selbstverständlich, dass das eine Grundlage einer jeden sinnvollen Energiewende sein muss.

Die Staatsregierung tut sich ziemlich schwer, glaubhaft zu vermitteln, warum sie das nicht kann, was die Kolleginnen und Kollegen in Hessen auf die Reihe bringen. Das finde ich schon erstaunlich.

Es geht nicht darum, dass jeder Beamte ermitteln muss, wie hoch die CO<sub>2</sub>-Emission seines Kugelschreibers oder des Papiers war, das er beschafft hat. Sie können vier ganz entscheidende Punkte angehen. Dabei geht es nicht um jede Kleinigkeit. Das sind vier Bereiche, in denen die Daten eigentlich vorliegen müssen:

Erstens geht es darum: Wie viel Strom und Wärme benötigen die staatlichen Liegenschaften, und welche Energieträger werden eingesetzt? Zweitens geht es darum: Wie hoch ist der Kraftstoffverbrauch der Dienstflotte, und welche Energieträger werden hier eingesetzt? Drittens zu den Dienstreisen: Was wird mit dem Flugzeug, per Bahn oder per Pkw zurückgelegt? Viertens: Wie hoch ist der Anteil von Biolebensmitteln bei der Lebensmittelbeschaffung im Freistaat? Das sind vier Bereiche, in denen die Daten eigentlich schon hinreichend bekannt sein müssten. Das alles sind Bereiche, in denen irgendjemand Rechnungen bezahlen muss. Jeder weiß: Bei jeder Gasrechnung, bei jeder Ölrechnung und bei jeder Hackschnitzelrechnung stehen die Kosten für das darauf, was man bezogen hat. Dadurch kann man diese Daten ermitteln. Das ist wirklich nicht zu viel verlangt.

Wenn Sie diese vier Bereiche abdecken, hätten Sie circa 90 % der gesamten Treibhausemissionen er-

fasst, die vom Staatsapparat ausgehen. Dieser Bereich ist eine gute Größenordnung, um ein Gesamtbild zu bekommen. Es geht wirklich nicht darum, jede Kleinigkeit zu erfassen.

Nun zum Bereich Gebäudesanierung. Seit den Achtzigerjahren ermahnt der Oberste Rechnungshof, dass man hier tätig werden muss. Nur unter dem Druck im Zuge der Klimadebatten vor vier Jahren hat sich die Staatsregierung damals aufgerafft, diese Aufgabe endlich in Angriff zu nehmen. Sie hat das dann als großes Klimaschutzkonzept verkauft. Das ist eine Aufgabe, die im Grunde genommen auch jeder Immobilienbesitzer aus seiner Verantwortung heraus, was die Heizkosten angeht, und vor dem Hintergrund des Unterhalts der Gebäude regelmäßig durchführen muss.

Auch was die Dienstflotte angeht, ist Bayern leider kein Vorzeigebundesland. Die Deutsche Umwelthilfe legt jährlich einen Vergleich der Bundesländer vor. Bayern taucht darin nicht im obersten Drittel auf, sondern in der Regel im untersten Drittel. Es gibt sogar noch einige Ministerien, die sich weigern, die Angaben zu melden.

Sie von den Regierungsfractionen sprechen Gott sei Dank seit Monaten von der Energiewende. Aber ich frage mich schon: Wo ist eigentlich Ihre Wende in der Politik? Sie wollen die Daten nicht erheben. Das brauchen Sie nicht. Sie wollen andere Sachen im Zusammenhang mit der Energiewende nicht machen. Wo ist denn Ihre Wende in der Energiepolitik? Sie ist bis heute nicht sichtbar. Das ist schade. Ich muss Ihnen sagen: Wenn Sie so weitermachen, dann ist es für diese Staatsregierung wirklich beschämend, dass Sie zwar den Begriff "Energiewende" so oft predigen, aber dass die Wende in der Politik definitiv auf sich warten lässt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl:** Danke, Herr Hartmann. - Es hat sich noch Herr Thalhammer für die FDP zu Wort gemeldet. Bitte.

**Tobias Thalhammer (FDP):** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich fand den Wortbeitrag von meinem CSU-Kollegen Markus Blume ziemlich gut. Deswegen kann ich vollumfänglich auf ihn verweisen.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

**Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl:** Danke, Herr Kollege. - Für die Staatsregierung Herr Dr. Huber, bitte.



**Staatsminister Dr. Marcel Huber (Umweltministerium):** Herzlichen Dank. - Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Es ist jetzt viel gesagt worden, was sich ganz gut anhört. Aber auch wenn es spät ist, muss ich die Dinge schon ein bisschen zu-rechtrücken. Ich muss den Antrag erst mal erklären, was darin steht:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dafür zu sorgen, dass bis 2030 eine ausgeglichene Klimabilanz herrscht.

Was ist eine ausgeglichene Klimabilanz? Sind das Gebäude, die genauso viel Energie verbrauchen, wie sie selbst erzeugen, oder die überhaupt keine Energie verbrauchen? Wenn man es konkret durchrechnet, wäre es zum Beispiel für die Autobahndirektion notwendig, für die Fahrzeuge, die dort gefahren werden, Zertifikate zu kaufen. Nur so kann man eine Bilanz ausgleichen. Das kann also nicht so gemeint sein, steht aber genauso hier drin.

Das, was der Kollege Wörner gesagt hat, nämlich die Sensibilität zu steigern, indem man sich ein paar Verbrauchszahlen anschaut, ist okay. Das machen wir ja auch. Da sind wir einer Meinung. Aber eine ausgeglichene Klimabilanz ist völlig Unsinn.

Nun dazu, diese Klimabilanz innerhalb der Staatsverwaltung so zu erheben, wie Herr Hartmann das gerade vorgeschlagen hat: Ich bin mir nicht ganz sicher, ob Ihnen klar ist, wie viele staatliche Stellen es gibt und wie viel Arbeitszeit es kostet, die Dinge alle so aufzuschreiben, dass sie vollständig sind.

(Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): Der Bund macht das!)

Dass gerade Sie, die uns ständig vorwerfen, dass wir zu viele Beamte und zu viel Verwaltung haben und dass wir an dieser Stelle einsparen müssen, jetzt so etwas aufbauen, ist völlig abwegig.

Ich möchte Ihnen auch sagen, dass wir nicht nur predigen, sondern dass wir das vorleben. Was "vorleben" heißt, können Sie sehr gut erkennen, wenn Sie sich einmal das Klimaprogramm 2020 anschauen. Da gibt es Renaturierung und ab 2012 Ökostrom in sämtlichen bayerischen Behörden, nicht nur im Bayerischen Landtag.

**Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl:** Gestatten Sie eine Zwischenfrage, Herr Staatsminister?

**Staatsminister Dr. Marcel Huber (Umweltministerium):** Leider nicht. Ich habe sowieso nur fünf Minuten und möchte eigentlich viel mehr erzählen, als ich in der Zeit unterbringe.

Die energetische Sanierung staatlicher Gebäude wird von uns von 2008 bis 2011 mit 150 Millionen Euro unterstützt. Wir sparen dabei so nebenbei 30.000 Tonnen ein, und zwar nicht durch Aufschreiben, sondern durch konkrete Baumaßnahmen. Wir nehmen von 2008 bis 2011 eine Dreiviertelmilliarde Euro für den Klimaschutz in die Hand. Dazu sage ich: Das ist Handeln. Da passiert etwas. Da tun wir wirklich etwas für den Klimaschutz. Ich könnte diese Liste noch fortsetzen. Wir haben vor, in den nächsten fünf Jahren eine Milliarde Euro für den Klimawandel und für die Energiewende aufzubringen. Das sind die Dinge, die für mich mit einem Vorleben des von Ihnen gewünschten Ziels einhergehen, nicht das Aufschreiben des Verbrauchs von Polizeifahrzeugen. Damit kommen wir sicherlich nicht weiter.

Bayern wird seine Führungsrolle in der Energiewende fortsetzen. Diese Wende ist auf den Weg gebracht. 50 % des Stromverbrauchs kommen dazu aus erneuerbaren Energien. Gleichzeitig verfolgen wir das Ziel, in dieser Zeit den CO<sub>2</sub>-Ausstoß deutlich unter sechs Tonnen pro Einwohner zu senken. Das halte ich für Maßnahmen, die man tatsächlich als solche bezeichnen kann, wobei das Umdenken nicht nur gepredigt, sondern tatsächlich vorgelebt wird. Durch das Aufschreiben all dieser Dinge in der Klimabilanz werden wir kein einziges Gramm CO<sub>2</sub> einsparen, wie Sie hier behaupten.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

**Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl:** Herr Staatsminister, bleiben Sie bitte am Redepult; denn es gibt Zwischenbemerkungen von Herrn Hartmann und Herrn Dr. Fahn.

**Ludwig Hartmann (GRÜNE):** Sehr geehrter Herr Staatsminister, Sie haben vorher dargelegt, es sei so kompliziert, den Energiebedarf der Gebäude zu ermitteln. Ich möchte Ihnen zur Kenntnis geben, dass die staatlichen Liegenschaften zum größten Teil vom gleichen Versorger Energie beziehen. Es ist nicht so, dass jede Liegenschaft den Strom einzeln bezieht - auch die Autobahnverwaltung nicht -, sondern in der Regel wird bei den gleichen Tankstellen mit Tankkarten getankt. Daher kann mir niemand erzählen, dass es schwierig ist, an die Daten zu kommen. Es mag ein kleiner Aufwand sein, es ist aber machbar. Ich frage mich schon, wie man eine Energiewende gestalten und Gebäude energetisch optimal sanieren möchte, wenn man den Istzustand nicht kennt und nicht weiß, wie viel Energie die Gebäude benötigen. Das kann nicht funktionieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl:** Bitte schön.

**Staatsminister Dr. Marcel Huber (Umweltministerium):** Ich habe nicht gesagt, dass es schwierig sei, sondern dass es aufwändig sei und ich bei einem Vergleich von Nutzen und Ergebnis keinen Vorteil sehe. Darin, dass man die einzelnen Gebäude in ihrer energetischen Qualität betrachten muss, sind wir uns einig. Das tun die Hochbauverwaltungen natürlich auch, weil wir die Liegenschaften weiterentwickeln. Aber ich kann darin, dass man die Tank- und Heizkostenrechnungen für Tausende von Liegenschaften und Hunderttausende von Beamten, die damit zu tun haben, immer brav aufschreibt, keinen Vorteil erkennen. Diese Zeit setzen wir lieber für etwas anderes ein.

(Zuruf von den GRÜNEN)

**Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl:** Eine zweite Zwischenbemerkung von Herrn Dr. Fahn, bitte.

**Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER):** Erstens: Ich glaube, Sie haben das, was die Hessische Staatsregierung macht, nicht angeschaut, sonst würden Sie nie so allgemein reden. Die Hessische Staatsregierung hat dazu 50- bis 60-seitige Analysen erstellen lassen. Wenn es die Staatsregierung in Hessen schafft, werden Sie es wohl auch schaffen, wenn Sie es wollen. Sie wollen es aber nicht. Das ist der Punkt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweitens: Es gibt in Bayern 8.000 Liegenschaften, davon sind nur 10 % energetisch saniert. Das ist viel zu wenig.

Drittens sagen Sie: Das Ziel liege deutlich unter sechs Tonnen. Warum sind Sie so allgemein? Sagen Sie doch genau, was "deutlich unter sechs Tonnen" heißt. Heißt das 5,99, oder zielen Sie auf 5,0 ab? Deutlich unter sechs Tonnen, das ist sehr allgemein. Da können Sie sich wieder hinausreden, wenn es darauf ankommt.

**Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl:** Herr Dr. Huber, bitte schön.

**Staatsminister Dr. Marcel Huber (Umweltministerium):** Erstens: Wir machen das so, wie wir es meinen. Der damit verbundene Aufwand ist nicht gerechtfertigt. Die Hessen dürfen das gerne anders machen. Das ist dagegen unsere Position.

Zweitens: Dass wir einen Wert deutlich unter sechs Tonnen angeben, ist dem geschuldet, dass kein Mensch dieser Welt die Details, die hier eine Rolle spielen, vorhersehen kann. Wir haben uns als Ziel

einen Grenzwert deutlich unter sechs gesetzt. Aber heute zu sagen, man will 5,47, ist Quatsch. Es reicht uns nicht, einen Wert von 5,99 zu erreichen, sondern wir wollen deutlich darunter liegen. Ob das nun 5,6 oder 5,4 sind, hängt von vielen Faktoren ab, die wir nicht gestalten und vorhersehen können. Das ist wesentlich ehrlicher. Damit kann man auch leben.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

**Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl:** Weitere Wortmeldungen liegen uns nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir können zur Abstimmung schreiben.

Der federführende Ausschuss für Umwelt und Gesundheit empfiehlt auf Drucksache 16/10288 die Ablehnung des Antrags. Wer dagegen dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der FREIEN WÄHLER, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Ich bitte, die Gegenstimmen anzuzeigen. - Das sind die CSU-Fraktion und die FDP-Fraktion. Stimmenthaltungen? - Keine. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Ich rufe zur gemeinsamen Beratung die Tagesordnungspunkte 21, 22 und 23 auf:

**Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)**  
**Verbot von Phthalat-Weichmachern (Drs. 16/8721)**

und

**Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**  
**Schutz der Verbraucher und Verbraucherinnen und der Umwelt vor gesundheitsschädlichen Weichmachern (Phthalaten) (Drs. 16/9689)**

und

**Antrag der Abgeordneten Sylvia Stierstorfer, Markus Blume, Johannes Hintersberger u. a. (CSU), Dr. Andreas Fischer, Tobias Thalhammer, Dr. Otto Bertermann u. a. und Fraktion (FDP)**  
**Weichmacher in Kindertagesstätten (Drs. 16/9786)**

Danach ist noch Tagesordnungspunkt 24 mit Aussprache zu behandeln. Die Tagesordnungspunkte 25 und 26 werden lediglich abgestimmt.

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache zu den Tagesordnungspunkten 21, 22 und 23. Wie Sie wissen, haben Sie pro Fraktion zehn Minuten Redezeit.